

A1 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Landesvorstand, Landesausschuss und Katharina Schulze (Mdl)

Beschlussdatum: 02.09.2017

1 Bayern ist ein sicheres Land. Das zeigen die Kriminalstatistik und der
2 bundesweite Vergleich. Trotzdem sind immer mehr Menschen um ihre Sicherheit
3 besorgt. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Bayern frei, sicher und
4 zugleich in gesellschaftlicher Verbundenheit leben können. Es braucht die
5 richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, die wechselseitiges Vertrauen
6 fördert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

7 Das spiegelt sich in unserer Vorstellung einer modernen Innen- und
8 Sicherheitspolitik wider. Grundlage ist ein unmissverständliches Bekenntnis zur
9 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit des staatlichen Handelns. Wir wollen einen
10 starken Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den
11 Bürgerrechten verpflichtet ist. Wir wollen eine zielgerichtete und effektive
12 Gefahrenabwehr durch eine starke und bürgernahe Polizei. Die Strukturen und das
13 Handeln der bayerischen Sicherheitsbehörden müssen darauf ausgelegt sein, die
14 Bürgerrechte angesichts der aktuellen Herausforderungen in der realen und in der
15 digitalen Welt zu verteidigen und zu stärken. Wir forcieren eine gemeinsame
16 europäische Sicherheitspolitik. Grüne Innenpolitik agiert darüber hinaus
17 vorausschauend und denkt Sicherheitspolitik weiter: Prävention, Bildung,
18 Deradikalisierung, Klimaschutzpolitik, städtebauliche Kriminalprävention,
19 Entwicklungszusammenarbeit und eine starke Zivilgesellschaft gehören ebenfalls
20 dazu.

Das fordern wir Grüne konkret:

1. Für eine starke, bürgernahe und gut ausgestattete Polizei

23 Für die innere Sicherheit ist in erster Linie die Polizei zuständig. Wir wollen
24 sie personell stärken und ihr modernste Ausstattung bereitstellen. Wir entlasten
25 die Polizei von weniger dringenden Aufgaben, und schaffen die Sicherheitswacht
26 ab. Und wir gehen auch ein weiteres Versäumnis der CSU-Regierung an und öffnen
27 die Reihen der Polizei weiter systematisch allen gesellschaftlichen Gruppen. Ein
28 hoher Frauenanteil, sprachliche und interkulturelle Kompetenzen helfen ganz
29 praktisch bei der Polizeiarbeit, beim Bürgerkontakt, bei der
30 Verbrechensbekämpfung, aber insbesondere auch bei der Verhütung von Straftaten.

31 Wir verbessern die Aus- und Fortbildung, ebenso die Ausgestaltung von
32 Schichtdienst und Versetzungen. Außerdem werden wir eine virtuelle Polizeiwache
33 bei der Bayerischen Polizei einrichten, die u.a. Anzeigen der Bürgerinnen und
34 Bürgern online entgegennimmt. Wir führen eineN unabhängigeN PolizeibeauftragteN
35 ein, an die sich Bürger*innen genauso wie Polizeibeamt*innen wenden können. Wir
36 starten ein Modellprojekt für die individuelle Kennzeichnung für
37 Polizeibeamt*innen.

2. Terrorismus effektiv und zielgerichtet bekämpfen statt Bürgerrechte einschränken

40 Islamistische und rechte Terroristen begehen Straftaten. Sie töten und verletzen
41 Menschen. Das werden wir niemals hinnehmen. Wir brauchen eine wirksame
42 Sicherheitspolitik, die auf Fakten gründet und dadurch real vor Kriminalität und
43 Terror schützt. Symbolische oder populistische Maßnahmen brauchen wir nicht. Die

44 starken Gesetze zur Gefahrenabwehr müssen gegen islamistische oder rechtsextreme
45 „Gefährder“ entschlossener und konsequenter angewendet werden. Deren Strukturen
46 müssen lückenlos aufgeklärt werden. „Gefährder“ gehören effektiv und gezielt
47 überwacht – dafür braucht es genug Personal. Das bringt konkret mehr Sicherheit
48 – anders als die Massenüberwachung ohne konkreten Anlass. Es ist dagegen ein
49 gefährlicher Irrweg, auf Gefährdungen der inneren Sicherheit mit immer
50 weitergehenden Einschränkungen unserer Freiheits- und Bürgerrechte zu reagieren.

51 Ob Vorratsdatenspeicherung, Fluggastdatenaustausch, KFZ- Kennzeichenfahndung
52 oder „intelligente“ Videoüberwachung: Diese Formen der Überwachung treffen ohne
53 Unterschied alle Bürger*innen, sind unverhältnismäßig und in der Regel auch
54 ineffektiv. Die historische Erfahrung lehrt, dass Freiheit in kleinen Schritten
55 stirbt. Deswegen klagen wir GRÜNE vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof
56 u.a. dagegen, dass der Bayerische Verfassungsschutz auf die Vorratsdaten
57 zurückgreifen darf. Viele von der CSU im Sommer 2017 neugeschaffenen
58 polizeilichen Befugnisse gehen zu weit, sind mit rechtsstaatlichen Grundsätzen
59 unvereinbar und setzen die Grundrechte aufs Spiel. Den quasi unendlichen
60 Unterbringungsgefahr und die elektronische Fußfessel für „Gefährder“ lehnen
61 wir ab.

62 3. Vorsorge statt Nachsorge: Prävention und Deradikalisierung stärken

63 Gesellschaftliche Prävention kann, was keine Technik und keine Kamera dieser
64 Welt kann: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern. Die innere
65 Sicherheit braucht mehr soziale Vorsorge statt Nachsorge! Wir setzen uns für
66 Netzwerke zur Prävention und Deradikalisierung von islamistischem Terrorismus
67 ein – mit Strategien und Methoden, die zu den Jugendlichen und dem Milieu vor
68 Ort passen und fordern ein spezielles Programm für Frauen und Mädchen. In den
69 Justizvollzugsanstalten muss die Radikalisierung Inhaftierter verhindert und
70 ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert werden.

71 Im Bereich des Rechtsextremismus werden wir uns auch um den Kern des Problems,
72 den Rassismus, kümmern. Wir richten u.a. eine „Koordinierungsstelle Demokratie“
73 bei der Staatsregierung ein, die das Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen
74 Rechtsextremismus, Rassismus sowie weitere Formen der gruppenbezogenen
75 Menschenfeindlichkeit über alle Ebenen hinweg koordiniert und sensibilisiert und
76 sich mit der Zivilgesellschaft vernetzt. Wir stehen an der Seite unserer starken
77 Zivilgesellschaft, die sich für unseren Staat und die Gesellschaft einsetzt. Es
78 braucht ein Landesprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft,
79 Antidiskriminierungsstelle, die Überarbeitung des Handlungsprogramms gegen
80 Rechtsextremismus und stärkere Unterstützung von zivilgesellschaftlichen und
81 unabhängigen Aussteigerhilfe und Beratungsstellen.

82 Darüber hinaus fordern wir eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und
83 Schule, wir wollen Demokratie- und Medienkompetenz besser fördern und
84 Beratungsstellen, Jugendverbände und aufsuchende Jugendarbeit stärken. Die
85 finanziellen und personellen Kapazitäten stellen wir dafür bereit.

86 4. Kampf gegen Rechts intensivieren

87 Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus machen wir mit zur obersten
88 Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden. Den Ermittlungs- und
89 Fahndungsdruck werden wir deutlich erhöhen. Rechtsextreme und Reichsbürger sind
90 konsequent zu entwaffnen und aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Verbote
91 von Neonaziparteien prüfen wir und neue rechtsextreme Gruppierungen müssen von

92 den Sicherheitsbehörden intensiver in den Blick genommen werden. Außerdem werden
93 wir Schutzkonzepte für besonders gefährdete Orte entwickeln, die
94 Zivilgesellschaft unterstützen und Vorsorgearbeit leisten.

95 Wir stellen uns auch dem Rechtspopulismus entgegen, denn er begünstigt und
96 fördert menschenfeindliche Tendenzen. Es kann nicht sein, dass gegen Hasstäter,
97 die sich im Internet tummeln, nur im absoluten Ausnahmefall strafrechtlich
98 vorgegangen wird. Niemand darf sich sicher dabei fühlen, wenn er zur Gewalt
99 aufruft und andere menschenverachtend beleidigt oder bedroht. Das geltende Recht
100 gegen strafbare Inhalte muss konsequent angewandt werden. Auch dafür wollen wir
101 Polizei und Justiz besser ausstatten. Wir richten Schwerpunktstaatsanwaltschaft
102 für Online-Hasskriminalität ein.

103 Jede und jeder einzelne von uns trägt Verantwortung in der Auseinandersetzung
104 mit rechtem und menschenverachtendem Gedankengut. Nur wenn wir alle hinhören,
105 Position beziehen und uns klar für ein friedliches und tolerantes Miteinander
106 engagieren, schaffen wir ein gesellschaftliches Klima, das dem Treiben der
107 rechten Ideologen einen Riegel vorschiebt.

108 5. Cybercrime den Kampf ansagen

109 Immer neue Hacking-Angriffe auf Kraftwerke, Unternehmen, Parlamente aber auch
110 Nutzer*innen zeigen: Die Sicherheit im Digitalen geht uns alle an – auch für ein
111 freies und sicheres Netz steht der Staat in einer Schutzverantwortung. Hier
112 dürfen Unternehmen und Verbraucher*innen nicht alleine gelassen und die
113 Verantwortung auf sie abgeschoben werden. Eine echte Kehrtwende mit einer
114 umfassenden IT-Sicherheitsstrategie ist überfällig.

115 Die IT-Sicherheit gehört verstärkt, insbesondere zum Schutz kritischer
116 Infrastrukturen. Dazu müssen die unterschiedlichsten Zuständigkeiten gebündelt
117 werden. Nötig ist eine Meldepflicht bei Angriffen auf kritische
118 Versorgungsleistungen wie z.B. im Gesundheitsbereich oder auf das politische
119 System. Diese Sicherheitslücken müssen nach Bekanntwerden umgehend geschlossen
120 werden. Zusätzlich braucht es unabhängige Forschungsstellen, um Angriffe
121 nachzuspüren.

122 Die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität werden wir intensivieren
123 und mehr Expert*innen aus der freien Wirtschaft einstellen. Um die Attraktivität
124 des Freistaates als Arbeitgeber zu erhöhen, muss ggf. auch verstärkt
125 außertariflich bezahlt werden. Es braucht flächendeckend Cyber-Kommissariate als
126 Anlaufstellen, um gegen Cybercrime und die Underground-Economy zu ermitteln.
127 Auch in allen Polizeiinspektionen, sowie bei den Regionalen
128 Beweismittelsicherungs- und Auswertungsstellen (RBA) braucht es genügend
129 Sachkompetenz.

130 6. Waffenrecht verschärfen

131 In Bayern gibt es im Bundesvergleich die meisten legalen Waffen – damit steigt
132 auch die Gefahr, dass es zu lebensgefährlichen Missbrauch kommt. Unser oberstes
133 Ziel ist es, das Leben und die Gesundheit der Bürger*innen zu schützen. Wir
134 werden die Waffenbehörden dazu anhalten, das Waffenrecht konsequent anzuwenden.
135 Personen, die unzuverlässig im Sinne des Waffenrechts sind, wie beispielsweise
136 Neonazis und Reichsbürger, sind zu entwaffnen. Wir sorgen für ein hohes Niveau
137 der Kontrollen der Waffenbesitzer*innen.

138 Wir setzen uns auf EU- und Bundesebene für eine wirksamere Kontrolle des
139 Waffenhandels, ein Verbot besonders gefährlicher halbautomatischer Schusswaffen
140 im Besitz von Privatpersonen und strengere Anforderungen an die Zuverlässigkeit
141 der Waffenbesitzer*innen ein. Auch gegen illegale Waffen gehen wir mit einer
142 engen europäischen Zusammenarbeit und verstärkte Ermittlungsteams im Darknet
143 vor.

144 7. Wohnungseinbrüchen und sonstigen Formen der organisierten Kriminalität und 145 Gewalt entgegentreten

146 Wir werden den Kampf gegen die gewerbsmäßig betriebenen Wohnungseinbrüche
147 verstärken. Neben einer konsequenten Anwendung der bestehenden Gesetze schlagen
148 wir GRÜNE ein Maßnahmenpaket gegen Einbruch in Bayern vor: Mehr Polizeipersonal
149 in Streifenwagen auf der Straße zur Fallaufklärung, geschulte
150 Einbruchsacharbeiter*innen, zügigere Einführung eines einheitlichen
151 Fallbearbeitungssystems in allen Bundesländern und eine bessere europäische
152 Vernetzung. Daneben braucht es intensive Präventionsmaßnahmen, damit man es den
153 Tätern nicht allzu einfach macht (technischer Einbruchschutz, Infokampagnen).

154 Um stärker gegen die Organisierte Kriminalität vorzugehen bilden wir
155 Schwerpunktstaatsanwaltschaften und stärken strukturelle Finanzermittlungen.

156 Gewalt gegen staatliche Institutionen, Zerstörung von Eigentum und Gefährdung
157 von Menschenleben bereiten uns Sorge. Gewalt ist kein Mittel der politischen
158 Auseinandersetzung, egal von welcher Seite sie kommt.

159 8. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste stärken und wertschätzen

160 Unser Bayern ist ein sicheres Land dank seiner Polizei, die auch schwierige
161 Lagen erfolgreich bewältigt. Das liegt aber auch an der wichtigen und guten
162 Arbeit von Rettungsdiensten und Feuerwehr, die zum großen Teil auf dem Ehrenamt
163 ruht. Das Ehrenamt muss gestärkt werden. Mit Sorge sehen wir den Anstieg der
164 Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte – ein sehr großer Teil findet
165 alkoholisiert statt. Wir werden uns für einen stärkeren Schutz der Helfer*innen
166 und der Polizei einsetzen durch intensive Präventions- und Anreizprogramme zur
167 Eindämmung eines übermäßigen Alkoholkonsums.

168 9. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden stärken

169 Internationaler Terror, aber auch andere aktuelle und gefährliche
170 Kriminalitätsformen kann Bayern nicht alleine in den Griff bekommen. Wir
171 brauchen eine länderübergreifende Polizei- und Sicherheitspolitik. Innerhalb
172 Deutschlands braucht es einen besseren, institutionalisierten
173 Informationsaustausch zwischen den Ländern und den Bundesbehörden. Wir wollen
174 aktuelle koordinierte Einsatz- und Schutzkonzepte für sensible und gefährdete
175 Orte mit einheitlichen Standards für alle Akteure (von Bundes- bis Kommunalen
176 Ebene, von Sicherheitsbehörden bis zu Rettungs- und Hilfskräften).

177 Europäische Sicherheitszusammenarbeit ist ein Kernelement grüner
178 Sicherheitspolitik. Es braucht eine stärkere europäische Vernetzung, die
179 verbindliche Nutzung von bestehenden Systemen und einen besseren rechtsstaatlich
180 organisierten Informationsaustausch. Allgemeine Kontrollen an den deutschen
181 Grenzen widersprechen dem Geist Europas und sind gerade auch im Kampf gegen
182 Extremisten wenig effektiv. Wir werden den Einsatz der Bayerischen Polizei bei
183 Grenzkontrollen beenden.

184 10. Sicherheitsarchitektur umbauen: Zäsur beim Verfassungsschutz

185 Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) werden wir reformieren.
186 Die neue Behörde reduziert ihre nachrichtendienstlichen Tätigkeiten auf ein
187 Minimum und arbeitet eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Die
188 Beobachtung der Organisierten Kriminalität und der Cyber-Kriminalität werden an
189 die Polizei umverlagert. Das V-Personen-System des Verfassungsschutzes wollen
190 wir in seiner derzeitigen Form abschaffen, denn der Einsatz von V-Personen in
191 der rechtsextremistischen Szene verlief in der Vergangenheit desaströs.

192 Die von der CSU durchgesetzte Reform des Verfassungsschutzes geht zu weit. Das
193 Gesetz muss den Kernbereich privater Lebensgestaltung viel mehr schützen und die
194 Grenzen staatlicher Ausforschung eng ziehen. Das Trennungsgebot zwischen
195 Verfassungsschutz und Polizei muss strikt eingehalten werden. Zugriff auf die
196 Vorratsdaten und die Beobachtung von Kindern lehnen wir ab. Die parlamentarische
197 Kontrolle muss wieder gestärkt werden. Der Verfassungsschutz hat keinen
198 Bildungsauftrag, deswegen werden wir ihm diese Aufgabe entziehen. Unabhängig
199 davon stehen wir einer Reform der Struktur der Sicherheitsbehörden in der
200 Bundesrepublik offen gegenüber.

201 **Grün ist, wenn alle Menschen in Bayern frei und in Sicherheit leben können**

202 Wirkungsvolle Innenpolitik ist dynamisch und reagiert auf neue Herausforderungen
203 rechtsstaatlich und zielgerichtet. Sicherheit wird nicht nur durch Polizistinnen
204 und Polizisten gewährleistet. Dazu gehört auch unsere Justiz, die ebenfalls
205 personell gut ausgestattet sein muss. Außerdem braucht es eine starke
206 Zivilgesellschaft, die sich tagtäglich für ihre Demokratie einsetzt. Unsere
207 langjährige Erfahrung und Expertise werden wir auch weiter für unser Bayern
208 einsetzen, damit alle Menschen frei, sicher und gemeinschaftlich zusammenleben
209 können.